

Osteuropa Informationen 4/2020

52

PositionFür eine Wasserstoff-Partnerschaft
mit Russland

54

Ost-Ausschuss internAus Ost-Ausschuss – Osteuropa-
verein wird Ost-Ausschuss

55

Ost-Ausschuss in Kürze

Anhörung im Bundestag

20-jähriges Jubiläum des
Deutsch-Ukrainischen ForumsBerliner Eurasischer Klub
tagte erstmals online50 Jahre Röhren gegen
Erdgas

Für eine Wasserstoff-Partnerschaft mit Russland

Ein erheblicher Teil der künftigen Wasserstoffnachfrage in Deutschland und Europa wird durch Importe gedeckt werden müssen. Die Einbindung Russlands und anderer Staaten in Ost- und Südosteuropa sowie Zentralasien in eine deutsche und europäische Wasserstoffstrategie ist deshalb nicht nur aus energie- und klimapolitischer Sicht, sondern auch industrie- und außenpolitisch von großer Bedeutung.

Im Zuge der weltweiten Klimadebatte erfährt Wasserstoff wachsende Aufmerksamkeit. Die Bedeutung von Wasserstoff bei der Erreichung der Klimaneutralität resultiert aus seiner vielseitigen Verwendbarkeit als Energieträger und -speicher, industrieller Grundstoff und für die Sektorkopplung. Die Produktion von Wasserstoff ist aber nicht per se emissionsarm, weil er nicht in natürlicher Form vorkommt, sondern unter Einsatz von Energie erzeugt werden muss.

Die deutsche Strategie

Die Bundesregierung hat Anfang Juni eine Nationale Wasserstoffstrategie (NWS) vorgelegt, die Wege und konkrete Maßnahmen für die Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland beschreibt. Ausdrückliches Ziel der Bundesregierung ist es, „grünen“ Wasserstoff zu fördern, der mit Strom aus regenerativen Quellen erzeugt wird. Aufgrund der begrenzten Erzeugungskapazitäten für erneuerbare Energien in Deutschland wird in der NWS die Bedeutung von Wasserstoffimporten hervorgehoben. Dabei wird kurz- und mittelfristig auch die Nutzung von CO₂-neutralem „blauen“ oder „türkischem“ Wasserstoff anvisiert.

Die Bundesregierung setzt beim Import insbesondere auf andere EU-Staaten, z.B. in Südeuropa und an Nord- und Ostsee, aber auch auf die Kooperation mit „sonnen- und windreichen Entwicklungsländern“, die ein hohes Potenzial an erneuerbaren Energien haben. Zugleich betont die Bundesregierung die Chancen für die bisherigen (fossilen) Energielieferanten Deutschlands.

Die europäische Wasserstoffstrategie

Am 8. Juli präsentierte dann die EU-Kommission ihre europäische Wasserstoffstrategie. Wie die Bundesregierung setzt auch die EU-Kommission langfristig auf Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, erkennt aber an, dass für eine Übergangszeit auch CO₂-neutral erzeugter Wasserstoff aus fossilen Quellen benötigt wird, etwa unter Einsatz von Carbon-Capture-and-Storage-Verfahren (CCS).

Auch die EU-Kommission setzt für den Import von Wasserstoff auf internationale Kooperationen mit Drittländern. Dabei hat sie insbesondere die EU-Nachbarn im Süden und Osten im Blick, die bereits heute zu den Energielieferanten der EU gehören und/oder über Assoziierungsabkommen und gemeinsame Institutionen wie die Energy Community mit der EU verbunden sind, in deren Rahmen gemeinsame Wasserstoffprojekte umgesetzt werden können. Als potenzielle Wasserstoffpartner der EU in Osteuropa werden ausdrücklich die Ukraine und die Staaten des Westlichen Balkans genannt. Diese sind regulatorisch bereits in den gemeinsamen EU-Energiemarkt integriert, haben Potenzial für den Ausbau der erneuerbaren Energien und im Fall der Ukraine auch eine Exportinfrastruktur für Gas Richtung Westeuropa.

Viele Anknüpfungspunkte mit Russland

Russland als einer der wichtigsten fossilen Energielieferanten der EU wird im Rahmen der NWS und der EU-Wasserstoffstrategie leider nicht namentlich erwähnt. Dabei gibt es gerade für eine Wasserstoffkooperation mit Russland beste Voraussetzungen. Russland verfügt über jahrzehntelange Erfahrungen als Energielieferant Europas und die entsprechende Infrastruktur - insbesondere ein Pipelinennetz, das es laut russischen Studien ermöglicht, dem transportierten Erdgas 20 bis 70 Prozent Wasserstoff beizumischen. Dazu kommen in Jahrzehnten gewachsene Geschäftsbeziehungen zwischen europäischen und russischen Unternehmen im Energiesek-

tor. Diese in fossilen Zeiten entstandenen Verbindungen bieten hervorragende Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Wasserstofftechnologien. Erste bilaterale Kooperationen gibt es bereits (Gazprom/Uniper).

Russland bietet zudem alle Voraussetzungen dafür, ein Global Player auf dem internationalen Wasserstoffmarkt zu werden. Dank seiner umfangreichen Gasreserven bringt Russland den Rohstoff für die Produktion von Wasserstoff aus Erdgas mit. Die damit verbundenen CO₂-Emissionen lassen sich durch den Einsatz von CSS-Technologien („blauer Wasserstoff“) oder im Prozess der Methanpyrolyse durch die stoffliche Bindung von Kohlenstoff („türkiser Wasserstoff“) um bis zu 90 Prozent reduzieren. Der Kohlenstoff kann entweder in der Industrie eingesetzt oder einfach und risikolos gelagert werden.

Russland verfügt aber auch über große Stromerzeugungskapazitäten und ein beträchtliches Wind- und Wasserkraftpotenzial, das bisher nur ansatzweise erschlossen ist. Damit könnte das Land langfristig auch zum Produzenten grünen Wasserstoffs werden. Russland könnte gleichsam mit der Wasserstoffentwicklung in der EU „mitwachsen“: kurz- und mittelfristig als Lieferant vor allem von blauem und türkischem Wasserstoff aus Erdgas, langfristig auch als Lieferant von grünem Wasserstoff unter Einsatz erneuerbarer Energien.“

Einbindung Osteuropas bringt Vorteile für alle

Die Einbindung Russlands und anderer Staaten in Ost- und Südosteuropa sowie Zentralasien, die teils über ein beträchtliches Potenzial für erneuerbare Energien verfügen, in eine deutsche und europäische Wasserstoffstrategie ist nicht nur aus energie- und klimapolitischer Sicht, sondern auch industrie- und außenpolitisch von großer Bedeutung.

Gemeinsame Wasserstoffprojekte bieten Vorteile für beide Seiten: Sie können das Bewusstsein für die Bedeutung von Wasserstoff für die globale Energiewende in den Partnerländern stärken und die Nachfrage nach entsprechenden Technologien und Know-how ankurbeln. Damit tragen sie zur Dekarbonisierung der Volkswirtschaften in den Partnerländern bei und eröffnen deutschen/europäischen Technologielieferanten zugleich neue Absatzmärkte. Die Schaffung einer langfristigen Exportoption sichert den Partnerländern eine wirtschaftliche Perspektive in Zeiten einer zunehmenden Substitution fossiler Brennstoffe und trägt damit auch zu deren wirtschaftlicher und politischer Stabilität bei.

Der Bundesregierung kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, weil die „ersten Schritte“ der neuen europäischen Wasserstoffstrategie in die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 fallen, die gerade begonnen hat. Die Bundesregierung will die Entwicklung eines EU-Binnenmarkts für Wasserstoff ausdrücklich zu einem Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft machen. Gemeinsame Pilotprojekte mit Russland und anderen osteuropäischen Staaten könnten hier wichtige Signale setzen.

Weitere Informationen finden Sie in unserem Papier „Für eine Wasserstoff-Partnerschaft mit Russland“, das Sie unter www.oaov.de abrufen können.

Christian Himmighoffen
Leiter AK Energie & Nachhaltigkeit im
Ost-Ausschuss

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, bei einer Pressekonferenz zur Nationalen Wasserstoffstrategie im Juni 2020 in Berlin.

Foto: imago images / photothek (Janine Schmitz)



Aus Ost-Ausschuss – Osteuropaverein wird Ost-Ausschuss

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft (OAOEV) hat auf der ersten Online-Mitgliederversammlung seiner Geschichte am 17. Juni eine Verkürzung seines Vereinsnamens zu „Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft“ beschlossen. Die rund 80 teilnehmenden Vertreter der Mitgliedsunternehmen votierten nahezu einstimmig für die Namensanpassung.

„Dies ist ausdrücklich keine Abkehr von der Tradition des Osteuropaverbands“, sagte der Vorsitzende Oliver Hermes (Vorstandsvorsitzender und CEO Wilo Gruppe), für den es die erste Mitgliederversammlung als Ost-Ausschuss-Vorsitzender war: „Es geht generell um Prägnanz und bessere Sichtbarkeit.“ Der kürzere Vereinsname solle den Verband in der Außenkommunikation erkennbarer machen. Der geänderte Name wird nun noch ins Vereinsregister eingetragen, danach erfolgt auch die Anpassung des Corporate Designs. Der OAOEV war im Mai 2018 aus der Verschmelzung der beiden traditionsreichen Vereine Ost-Ausschuss (gegründet 1952) und Osteuropaverein (gegründet 1989) entstanden und fördert die deutsche Wirtschaft in den 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens.

Neue Vorstands- und Präsidiumsmitglieder

Die Mitgliederversammlung wählte außerdem Dr. Christian Bruch, den Vorsitzenden des Vorstands von Siemens Energy, und Jürgen Nowicki, Executive Vice President der Linde plc und CEO von Linde Engineering, neu in den Ost-Ausschuss-Vorstand. Neu ins 30-köpfige Präsidium aufgenommen wurden Dr. C.L. Theodor Wuppermann (Wuppermann AG) und Hartmut Thomsen (SAP Deutschland SE). Thomsen wurde gleichzeitig als neuer Sprecher des Arbeitskreises Digitalisierung vorgestellt. Oliver Hermes zeichnete auf der Mitgliederversammlung ein verhalten optimistisches Bild der aktuellen Entwicklung in den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses. Fast allen Ländern sei es durch rasches Handeln gelungen, die Ausbreitung des Corona-Virus zu begrenzen. „Wenn wir uns die Länder unserer Region genau ansehen und die richtigen Trends erkennen, dann ist ein schnelles Comeback gar nicht so ausgeschlossen“, sagte Hermes: „Noch im ersten Vierteljahr 2020 lieferten viele Länder unserer Region überdurchschnittlich gute Konjunkturzahlen und starke Handelszahlen ab. Diese Wachstumsstory ist intakt.“ Hermes erwartet als Folge der Corona-Epidemie keine De-Globalisierung, sondern eine „Globalisierung 2.0“, in der Lieferketten stärker regional aufgestellt würden. „Von diesem Trend zum Re-Shoring kann gerade das östliche Europa profitieren“, sagte er.

Strategische Weiterentwicklung

Zur Erholung würden auch die großen Rettungspakete, die die EU, die Bundesregierung und viele Länder aufgelegt haben, beitragen. „Ich persönlich würde mir da noch mehr Mut und eine noch stärkere Konzentration auf die Themen Wissenschaft und Bildung, Klima und Digitalisierung wünschen“, sagte Hermes: „Aber gute Ansätze sind vorhanden.“ Der Ost-Ausschuss hat sich im Hinblick auf die wachsende Bedeutung dieser Themen in den vergangenen Monaten strategisch weiterentwickelt und etwa einen neuen Arbeitskreis für Energie und Nachhaltigkeit gegründet, den Dr. Bruch leiten wird. In der Corona-Krise hat der Ost-Ausschuss seine Vereinsarbeit weiter intensiviert, vielen Vereinsmitgliedern praktische Hilfe geleistet und dazu eine Informationsoffensive gestartet. Dafür gab es aus den Reihen der Mitgliedschaft viel Lob. Von Mitte März bis Mitte Juli bot der Verein über 40 Video-Konferenzen und Webinare an, an denen zum Teil Minister aus den Partnerländern teilnahmen und für Mitglieder ansprechbar waren. „Jetzt zahlt es sich aus, dass wir als Verein dicht geknüpfte Netzwerke und kurze Wege in alle 29 Partnerländer haben“, sagte Hermes. Zum Abschluss der Mitgliederversammlung stellte Schatzmeister Dr. Joachim Lang (BDI-Hauptgeschäftsführer) den Jahresabschluss 2019 und die Planung für das neue Geschäftsjahr vor.

Im Rahmen der Gremiensitzungen am 17. Juni wurden sieben neue Mitgliedsunternehmen in den Ost-Ausschuss aufgenommen, die wir herzlich willkommen heißen:

- Siemens Energy AG
- Hackforth Holding GmbH & Co. KG (Vulkan Gruppe)
- SIEMAG TECBERG group GmbH
- 7pat GmbH
- Enprom GmbH
- Kalzip GmbH
- Project Materials Energy Services GmbH

Termine

25. August 2020, Bukarest & Online
Cities of Tomorrow #8 - New waves of urban migration

8. September 2020, Online
Kick-Off zur Einkaufsinitiative Westbalkan 2020

24. September 2020, Berlin
Empfang Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

Nähere Informationen zu den Terminen finden Sie unter www.oaoev.de



Anhörung im Bundestags-Ausschuss
zu Nord Stream 2
Foto: Ost-Ausschuss

Anhörung im Bundestag

Der Bundestags-Ausschuss für Wirtschaft und Energie lud am 1. Juli zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Sicherung der Souveränität deutscher und europäischer energiepolitischer Entscheidungen (Nord Stream 2)“ ein. Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms nahm als Sachverständiger an der Sitzung teil, in der deutlich wurde, dass es eine breite, parteiübergreifende Ablehnung extraterritorialer US-Sanktionen gegen europäische Unternehmen gibt. Gegensanktionen gegen die USA wurden aber überwiegend kritisch gesehen. Harms bezifferte die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen gegen Nord Stream 2, die ein „Schlag gegen Investitions- und Rechtssicherheit“ seien. Er betonte, dass die EU ihre Widerstandskraft gegen Angriffe von außen stärken müsse und regte einen EU-Schutzschirmmechanismus für zu Unrecht von Sanktionen betroffene europäische Unternehmen an.

20-jähriges Jubiläum des Deutsch-Ukrainischen Forums

Zu seinem 20-jährigen Bestehen lud das Deutsch-Ukrainische Forum (DUF) am 29. Juni Vertreter deutscher und ukrainischer Unternehmen sowie von Ministerien und Auslandsvertretungen in das Berliner Hotel Adlon ein. Es war eine der ersten Präsenzveranstaltungen im hybriden Format mit dem Ost-Ausschuss als Partner in Zeiten der Pandemie. Themen waren die Perspektiven der deutsch-ukrainischen Beziehungen, der Platz der Ukraine in Europa und die Chancen deutscher und ukrainischer Unternehmen auf den jeweiligen Märkten. Per Brodersen, Geschäftsführer der German Agribusiness Alliance/AG Agrarwirtschaft im Ost-Ausschuss, moderierte dabei ein Panel zur Zusammenarbeit im Agrarsektor.

Berliner Eurasischer Klub tagte erstmals online

Die deutsch-kasachische Zusammenarbeit im Agrarsektor war am 24. Juni Schwerpunkt der ersten Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs im laufenden Jahr, an der Vize-Premierminister Roman Sklyar und weitere Vize-Minister teilnahmen. Das Treffen fand Corona-bedingt erstmals als Online-Format statt. In seiner Begrüßungsrede betonte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes die Rolle Kasachstans als Ankerland in Zentralasien. Durch seine Lage und die klimatischen Bedingungen sei das Land prädestiniert, eine besondere Rolle in der weltweiten Lebensmittelversorgung einzunehmen.

50 Jahre Röhren gegen Erdgas

Am 6. Juli 1970, also fast genau vor 50 Jahren, wurde in Mülheim an der Ruhr das erste Pipeline-Rohr aus deutscher Produktion für das erste deutsch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft ausgeliefert. Aus Anlass dieses Jubiläums haben wir die Geschichte der Erdgas-Röhrengeschäfte in einem 15-seitigen Sonderbeitrag nachgezeichnet, der im neuen Jahrbuch 2020 des Ost-Ausschusses enthalten ist (s. Kasten). Der Beitrag zeigt, dass die derzeitigen US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 nur ein neues Kapitel in einer langen deutsch-amerikanischen Sanktions-Geschichte sind. Der Sonderbeitrag ist abrufbar unter www.oaov.de.

Mittel- und Osteuropa Jahrbuch 2020

Zur Online-Mitgliederversammlung des Ost-Ausschusses ist am 17. Juni das umfangreiche Mittel- und Osteuropa-Jahrbuch 2020 erschienen, das in Kooperation mit dem OWC-Verlag für Außenwirtschaft publiziert wird. Das Jahrbuch enthält auf rund 200 Seiten einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in unseren 29 Partnerländern und dokumentiert die Veranstaltungen und Projekte des Ost-Ausschusses in den zurückliegenden zwölf Monaten. In diesem Jahr blicken wir unter dem Titel „50 Jahre Röhren gegen Gas“ in einem Sonderteil auf das Jubiläum der deutsch-russischen Energiebeziehungen zurück. Informationen zu den neu gebildeten Gremien, ein Verzeichnis der 350 OAOEV-Mitglieder und Wirtschaftsprofile aller mittel- und osteuropäischen Länder machen das Jahrbuch zu einem wertvollen Nachschlagewerk.

Das Jahrbuch ist beim OWC-Verlag erhältlich: shop.owc.de

